

Bereits ist es fast ein halbes Jahr her, seit dem 427 Bahnpassagiere in Zürich-Altstetten von der Zürcher Stadtpolizei festgenommen, kontrolliert und deren Daten registriert wurden.

Die Daten wurden in die umstrittene Datenbank „Polis“ eingespeist. Diese Datenbank umfasste im Jahr 2003 950'000 Rapporte sowie 540'000 Datensätze über Personen. Jährlich kommen 230'000 Rapporte und 60'000 Personen dazu. Genaue Angaben über die Funktionsweise von „Polis“ liegen nicht vor. Ebenso wenig klar sind die Rechtsgrundlagen für den Betrieb. Ein Postulat, das einen Bericht dazu verlangt, wurde dem Zürcher Stadtrat im März 2005 zur Prüfung innert 24 Monaten (!) überwiesen.

Unter diesen Umständen ist es rechtsstaatlich höchst bedenklich, wenn Daten von Personen, gegen die kein Strafverfahren eröffnet wird, in einem obskuren System gespeichert bleiben. Sowohl der kantonalzürcherische Datenschutzbeauftragte wie auch das Bundesgericht vertreten die Auffassung, dass bei Freispruch, Einstellung oder Nichtanhandnahme des Verfahrens die entsprechenden Personendaten zu löschen sind. Gemäss einem Bericht in der Zeitschrift "plädoyer" weigert sich der zuständige Regierungsrat des Kantons Zürich aber, die Löschung der Daten von Unbescholtenen vorzunehmen.

Ich bitte daher den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Kanton Basel-Stadt in irgend einer Form an „Polis“ beteiligt? Bezieht er Daten von „Polis“ oder liefert er Daten, die in „Polis“ verwertet werden?
2. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass FCB-Fans, die auch ein halbes Jahr nach den Vorkommnissen in Zürich-Altstätten nicht mit einem Strafverfahren konfrontiert sind und richtigerweise wohl auch keines mehr zu gewärtigen haben, einen legitimen Anspruch auf Löschung der erhobenen Daten geltend machen können?
3. Wenn ja, wie will er sich dafür einsetzen, dass Daten von unbescholtenen Fans des Fussball-Schweizermeisters aus den Fichen der Zürcher Polizei gelöscht werden?

Ernst Jost